

Der Jüdische Nationalfonds beteiligt sich an einer Kampagne zur Unterdrückung der Palästina-Solidarität in den USA

Alex Kane, 972mag.com, 06.04.20

Eine Klage gegen eine in den USA ansässige palästinensische Menschenrechtsgruppe ist Teil einer Strategie, die darauf abzielt, finanzielle Mittel von Aktivisten, die die israelische Politik herausfordern, fernzuhalten.

Zwei Organisationen, die enge Verbindungen zur israelischen Regierung haben, haben sich für eine Bundesklage zusammengeschlossen, die gegen die *U.S. Campaign for Palestinian Rights* (USCPR), eine der führenden palästinensischen Interessenvertretungen in den USA, gerichtet ist.

Das *International Legal Forum* ist bei seinen Aktivitäten nicht allein: Es hat die Unterstützung des israelischen Ministeriums für Strategische Angelegenheiten, der Regierungsbehörde, die mit der gezielten Bekämpfung des Engagements für die palästinensischen Rechte beauftragt ist

Die Zivilklage, die eine Eskalation der von Israel geführten Kampagne gegen den globalen Einsatz für die palästinensischen Rechte darstellt, wurde vom *Keren Kayemeth LeIsrael-Jewish National Fund* (KKL-JNF, oft einfach als JNF bezeichnet) eingereicht. Sie ist die quasi-staatliche Körperschaft, die 13 Prozent des Staatslandes in Israel besitzt und innerhalb der israelischen Gebietskörperschaften erheblichen Einfluss hat.

Das *International Legal Forum* [ilfngo.org]*, eine israelische Rechtsgruppe, die von der israelischen Regierung finanzielle Unterstützung erhalten hat, berät den JNF in diesem Fall.

Verfechter palästinensischer Rechte sagen, die Klage sei das jüngste Beispiel für eine von Israel und seinen Verbündeten verfolgte Strategie, Palästina-Aktivisten in juristische Verfahren zu verwickeln. Ein Hauptziel dieser Strategie sei es, die Mittel der Aktivisten von ihrem Eintreten für die Beendigung der israelischen Menschenrechtsverletzungen umzulenken und sie gleichzeitig dazu zu zwingen, sich mit dem Stigma, als Verbündete von Terroristen abgestempelt zu werden, herumzuschlagen.

„Dies ist nicht nur ein Angriff auf uns als USCPR“ sagte Ramah Kudaimi, stellvertretender Direktor der Organisation. „Es ist ein Angriff auf alle, die sich für die palästinensischen Rechte einsetzen. Es ist ein Versuch der Unterdrückung, die Organisierung und Fürsprache zu unterdrücken und die Menschen dazu zu bringen, es sich zweimal zu überlegen, ob sie den Kampf des palästinensischen Volkes unterstützen wollen.“

Die Organisation, bei der Kudaimi hilft, stand an der Spitze der Bemühungen in den USA, die Bewegung für palästinensische Rechte zu einer Stärke zu entwickeln, mit der sowohl im Kongress, als auch in der breiteren progressiven Bewegung gerechnet werden muss.

In den letzten Jahren trugen die Mitglieder der Gruppe dazu bei, Unterstützung für die Bestrebungen des Kongresses zu gewinnen, Israel für Menschenrechtsverletzungen zur Rechenschaft zu ziehen; Verbindungen zu anderen progressiven Bewegungen wie *Black Lives Matter* aufzubauen und lokale Organisationen zu unterstützen, z.B. Kampagnen durchzuführen, um Städte dazu zu bewegen, Gelder von Unternehmen abzuziehen, die mit dem israelischen Militär Geschäfte machen. Genau diese Art von Arbeit ist es, die Israels Verfechter dazu veranlasst hat, sie ins Visier zu nehmen, so die USPCR.

„Es ist absurd“

Die im November 2019 vom JNF eingereichte Klage dreht sich um die Behauptung, die USCPR habe eine Reihe palästinensischer Brandbombenangriffe auf JNF-Land in israelischen Gebieten nahe dem Zaun, der den Gazastreifen von Israel trennt, unterstützt. In der Klageschrift heisst es, USCPR habe gegen das Anti-Terrorismus-Gesetz verstoßen, das es Amerikanern verbietet, terroristische Organisationen finanziell zu unterstützen.

Ein Dutzend Amerikaner, die in Israel in der Nähe des Gazastreifens leben, sind ebenfalls Kläger. Sie sagen, sie hätten durch die Brandbombenangriffe auf JNF-Land „heftige“ Ängste durchgestanden - Angriffe, zu denen sie der USCPR Verbindungen vorwirft, ohne dass es dafür handfeste Beweise gäbe.

Die Argumentation der Klägerinnen läuft auf folgendes hinaus: da die USCPR das von den Palästinensern geführte Boykott-Nationalkomitees (BNC) finanziell unterstützt hat und das BNC Verbindungen zu einer Gruppe namens *Palestinian National and Islamic Forces* hat, die wiederum aus militanten palästinensischen Gruppen besteht, haftet die USCPR für die Schäden, die durch die Brandbomben der palästinensischen Kämpfer aus Gaza verursacht wurden.

„Es ist wichtig, gegen US-Gruppen vorzugehen, die mitschuldig sind an der Finanzierung des Terrors, die dazu beitragen, dass ausländische Terrororganisationen unablässig eine facettenreiche Terrorkampagne gegen die Bürger und das Land des souveränen Staates Israel führen können,“ sagte Richard D. Heideman, Berater bei Heideman Nudelman & Kalik PC, in einer Presseerklärung. (Heidemans Anwaltskanzlei, der JNF und das *International Legal Forum* reagierten nicht auf Anfragen von +972)

Darüberhinaus wird in der Klage behauptet, dass die Beteiligung von USCPR an der Kampagne „Stoppt den JNF“ - einer Aktivisteninitiative, die die Beteiligung des JNF an der Vertreibung der Palästinenser von ihrem Land verdeutlicht - Teil einer rechtswidrigen Verschwörung gegen die Organisation ist.

Das *Center for Constitutional Rights* (CCR), die Bürgerrechtsgruppe, die die USCPR verteidigt, wies diese Anschuldigungen zurück und beantragte am 5. März, die Klage abzuweisen, da sie auf „Schuld durch Assoziation“ basiere und nicht beweist, dass die USCPR Verbindungen zu den Brandbombenanschlägen hat.

„[Die Klage ist] absurd. Sie ist wertlos“, sagte Diala Shamas eine der CCR-Anwältinnen, die die USCPR verteidigen. Dennoch warnte sie davor, dass die Klage die Aktivisten viel Zeit, Energie und Geld kosten könne, insbesondere wenn ein Richter den Fall in die „Feststellungsphase“ eintreten lässt, in der jede Partei Beweise von der gegnerischen Seite erhalten kann.

„Die Feststellungsphase ist ein finanziell und zeitlich aufwändiger Prozess“, erklärte Shamas. „Diese Klage ist ein Versuch, unseren Mandanten zu schikanieren, seine Mittel zu verschwenden. Absurde Behauptungen wie diese zielen darauf ab, Fürsprechern zu schaden und ihre Arbeit zu behindern.“

Der Versuch, das Gesetz zu nutzen, den Einsatz für Menschenrechte zu verfolgen, war ein wichtiger Teil der israelischen Kampagne zur Unterminierung der Boykott-, Desinvestitions- und Sanktionsbewegung (BDS). Die israelische Regierung hat gemeinsam mit pro-israelischen Lobbygruppen auf der ganzen Welt Millionen an Dollar in Angriffe auf BDS-Kampagnen gesteckt, die darauf abzielen, Israel für Menschenrechtsverletzungen zur Rechenschaft zu ziehen.

Der jetzige Rechtsstreit mit dem JNF stellt eine neue Taktik dar, die das Forum ausprobieren will: einen Bundesrichter dazu zu bringen, zuzustimmen, eine gewaltfreie Menschenrechtsgruppe mit Terrorismus in Zusammenhang zu bringen

„Es ist ganz klar, dass diese Klage Teil einer umfassenderen Strategie ist, um eine wirksame Grassroots-Arbeit für die Freiheit der Palästinenser zu unterminieren, insbesondere im Zusammenhang mit BDS“, sagte Dima Khalidi, Direktor von *Palestine Legal*, einer Organisation, die sich auf die Verteidigung der Rechte auf freie Meinungsäußerung derjenigen konzentriert, die sich in der palästinensischen Solidaritätsarbeit engagieren.

„Die Behauptungen in dieser Klage zeigen, wie die [gesetzlich] geschützte Interessenvertretung in ungesetzliches Verhalten verfälscht werden soll, wie z.B. Verleumdungskampagnen, die Aktivisten als ‚antisemitisch‘ und ‚pro-terroristisch‘ bezeichnen.“

„Sie haben nichts was sie unterstützt, außer Repression“

Die USA sind das Epizentrum harten Durchgreifens gegen BDS. 28 Staaten haben Anti-Boykott-Gesetze verabschiedet, von denen die meisten es verbieten dass, Staaten Aufträge an Gruppen oder Einzelpersonen zu vergeben, die den Boykott Israels unterstützen. In einigen Fällen hat dies dazu geführt, dass staatliche Auftragnehmer vor die Wahl gestellt wurden, entweder ein Dokument zu unterzeichnen, in dem sie sich verpflichten, Israel nicht zu boykottieren, oder ihren Auftrag zu verlieren.

Die Gegner palästinensischer Rechte wenden auch juristische Drohungen und Bundesklagen an, um diese Bemühungen zu unterstützen. Im Juli 2018 beispielsweise sandte *Zachor Legal*, eine zionistische Organisation, die von rechtsgerichteten Philanthropen finanziert wird, einen Brief an das Justizministerium, in dem sie um strafrechtliche Verfolgung von in den USA ansässigen palästinensischen Menschenrechtsorganisationen wegen angeblicher Verstöße gegen das US-Anti-Terrorismugesetz bat.

Vor allem das *International Legal Forum* hat sich zu einer maßgeblichen Gruppe entwickelt, die solche Taktiken anwendet. **Das Forum, das ein globales Netzwerk von pro-israelischen Anwälten koordiniert, trug dazu bei, Klagen gegen spanische Kommunalverwaltungen, die die BDS-Bewegung unterstützt haben einzureichen, ebenso wie gegen die Stadt Durham in North Carolina, weil diese eine Resolution gegen die militär-ähnliche Ausbildung ihrer lokalen Polizeikräfte in Israel verabschiedet hat.**

Das *International Legal Forum* ist bei seinen Aktivitäten nicht allein: Es hat die Unterstützung des israelischen Ministeriums für Strategische Angelegenheiten, der Regierungsbehörde, die mit der gezielten Bekämpfung des Engagements für die palästinensischen Rechte beauftragt ist.

2017 kündigte das Ministerium seine Absicht an, die israelische Anwaltskammer dafür zu bezahlen, dass sie als Partner des Forums in Israel eine Konferenz über die Bekämpfung der BDS-Bewegung organisiert. Im

Jahr darauf, reichte das Ministerium Dokumente ein, die aussagen, dass es dem *International Legal Forum* bis zu 1 Million Dollar für die Durchführung seiner juristischen Arbeit zahlen würde.

Die Leiterin des Forums, Yifa Segal, bestätigte mir gegenüber im letzten Jahr, dass ihre Organisation Geld von der israelischen Regierung angenommen habe, sagte aber, dass sie den genauen Betrag nicht nennen könne. Segal reagierte nicht auf Anfragen zu dieser Geschichte.

Der jetzige Rechtsstreit mit dem JNF stellt eine neue Taktik dar, die das Forum ausprobieren will: einen Bundesrichter dazu zu bringen, zuzustimmen, eine gewaltfreie Menschenrechtsgruppe mit Terrorismus in Zusammenhang zu bringen.

Doch obwohl die Klage eine neue Herausforderung für die palästinensische Menschenrechtsarbeit in den USA darstellt, sehen einige Aktivisten in diesen Angriffen einen Silberstreif am Horizont.

„Dass sie sich nur auf diese Methoden verlassen können, um eine Diskussion zu verhindern, ist ein Zeichen dafür, dass wir uns behaupten. Sie wissen dass sie sich auf nichts anderes stützen können als Repressionen“ sagt Kudaimi von USCPR.

„Wir sind eine Organisation die sich dieser Arbeit schon sehr lange widmet, die erfolgreich die BDS-Kampagne vorangebracht, und den bewegungsübergreifenden Kampf unterstützt hat“, fuhr sie fort. „All dies ist sehr gefährlich und bedrohlich für diejenigen, die den Status quo der Apartheid, der militärischen Besatzung und der ethnischen Säuberung beibehalten wollen.“

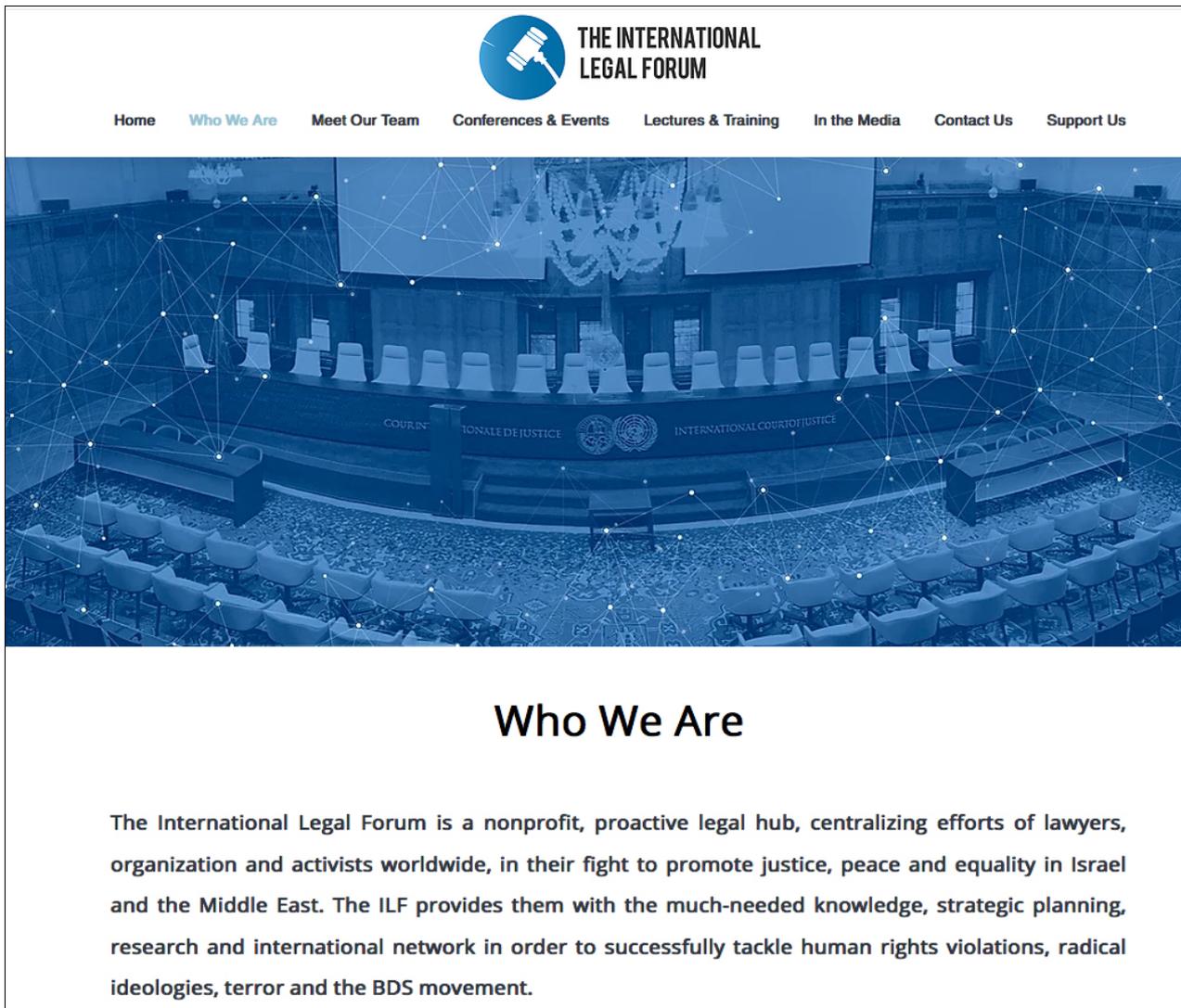
Alex Kane ist Journalist, seine Arbeiten über Israel/Palästina, bürgerliche Freiheiten und die Außenpolitik der USA sind in VICE News, The Intercept, The Nation, In These Times und anderen Publikationen erschienen sind.

Übersetzung: M. Kunkel, Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de

Quelle: <https://www.972mag.com/jnf-lawsuit-us-campaign-palestinian-rights>

Ergänzung Pako:

* **Das *International Legal Forum* ist keine internationale Organisation, gibt sich aber den Anstrich.** Auf seiner Website ist ein Banner integriert, das einen Saal des Internationalen Strafgerichtshofs zeigt, mit deutlich sichtbarem Schriftzug und Logo des ISG.



THE INTERNATIONAL LEGAL FORUM

Home **Who We Are** Meet Our Team Conferences & Events Lectures & Training In the Media Contact Us Support Us

Who We Are

The International Legal Forum is a nonprofit, proactive legal hub, centralizing efforts of lawyers, organization and activists worldwide, in their fight to promote justice, peace and equality in Israel and the Middle East. The ILF provides them with the much-needed knowledge, strategic planning, research and international network in order to successfully tackle human rights violations, radical ideologies, terror and the BDS movement.

Siehe: <https://www.ilfngo.org/who-we-are>